

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. drei Paas 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. ohne Zustellungsgebühr / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17299 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18699, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-U. / Oberbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17299 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 16. Juni 1928 Nummer 139

Hindenburg-Appell für die KPD Um die Amnestie

Genosse Höllein stellt die KPD

Bei Eröffnung der gestrigen Reichstags-Sitzung liegt auf dem Platz des aus der Untersuchungshaft befreiten Genossen Rippenberger ein Strauß roter Rosen. Auf dem ersten Punkt der Tagesordnung steht die Amnestiefrage. Unter großer Spannung des Hauses eröffnet Genosse Höllein den Reigen der Sprecher. Er wird dabei ebensooft durch Beifallsbezeugungen seiner Fraktionsgenossen, wie durch blöde Zwischenrufe der Sozialdemokraten unterbrochen. Auch der unbefangenste Tribünenbesucher muß feststellen, daß diese Herrschaften die erneute Anprangerung ihres Amnestievertrages ebenso unangenehm ist, wie die Zwangslage, in der sie sich durch die Realisation des kommunistischen Amnestieantrages befinden. Besonders getroffen scheint sich hierbei wiederum der Verfasser der (Weiland), „Sünden der SPD“ zu fühlen. Aber der überlegene Spott des ehelichen Klassenkämpfers Höllein und die ähnelnden Zursache aus den kommunistischen Reihen lassen ihn alsbald verstummen.

Genosse Höllein:

Der Klassencharakter dieser Republik, dessen Reichskanzler jetzt Herrmann Müller befehlen will, wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die Tagungen des Reichstags ständig wiederholt von dem Schrei Hundertert und aber Hundertert Proletariat nach Amnestie. Ohne das traurige Verhalten der SPD bei der Schlußtagung des letzten Reichstages hätten wir es nicht nötig gehabt, auch diese Tagung mit derselben Forderung zu beginnen. (Abg. Crispian mit Everling) Herr Abgeordneter Crispian, gegen Ihren Geist kann ich nicht aufkommen. (Große Heiterkeit.) Ich strecke die Waffen. (Erneute Heiterkeit.)

Es wäre möglich gewesen, eine allgemeine Amnestie in Deutschland herbeizuführen, ohne die Verfolgung der Mordverbrechen der Schwarzen Reichswehr usw. in Zukunft zu verhindern. Ohne die Haltung der SPD wäre auch hier immer eine Mehrheit von 2/3 zustande gekommen. Die Sozialdemokraten haben damals und besonders im Wahlkampf das feierliche Versprechen gegeben, daß sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstages eine Amnestie durchgesetzt werden solle.

Wir Kommunisten stellen die Amnestieforderung als Klassenforderung auf. Zur Erreichung dieses Zieles — darüber sind wir uns klar — ist der außerparlamentarische Druck der Arbeiterschaft notwendig, dem auch die Sozialdemokraten und die Bourgeoisie weichen müssen. Wer, wie gewisse Sozialdemokraten, den Mut und die Stirn hat, zu behaupten, daß die Kommunisten nichts getan hätten, um die Opfer der Klassenjustiz zu befreien, beweist, daß er im Solde der Bourgeoisie beruflich die Tatsachen zu verdrehen gezwungen ist. (Zuruf Crispian: Ihr habt keinen Mut, zu euren Taten zu stehen.) Herr Abgeordneter Crispian, reden Sie nicht von Mut, der Kohlenkeller ist doch bisher Ihr bestes Versteck gewesen. (Sehr gut bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokratie hat mit der Gesundheit, mit dem Seelenleben der proletarischen Gefangenen unerhört Schändliches getrieben. Selbst wenn sie jetzt ihr Versprechen einlöst, bleibt der Vorwurf bestehen, daß über 300 Proletarier weitere drei Monate hinter Kerkermauern haben schmachten müssen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wenn die Sozialdemokratie behauptete, bei einer Amnestie unter Ausschluß der Fremdenordner zuzustimmen zu können, darum haben wir unseren neuen Antrag unter Ausschluß der Fremdenordner usw. formuliert. Wir haben die Aufnahme der sogenannten Rotbesten in unsern Amnestieantrag unterlassen, nicht, weil uns diese Justizopfer gleichgültig sind, sondern, um der politischen Amnestie nicht unüberbrückbare Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Wir werden im Ausschuss auch diesbezügliche weitere Anträge unterbreiten.

Man kann uns nicht irgendwelcher Sympathien mit den Fremdenordnern beschuldigen. (Zuruf Crispian: Mit Everling!) Bitte, fragen Sie ihren Parteigenossen, den Innenminister werden soll. Wir werden die Amnestie nicht zum zweiten Male durch ein hinterhältiges Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion zurücklassen lassen. Wir fordern, daß der Rechtsausschuss sofort Sitzungen aufnimmt, um die Opfer der Klassenjustiz keinen Tag länger schmachten zu lassen. Das ist eine grundsätzliche Forderung aller ehrlichen deutschen, sowohl sozialdemokratischen, wie kommunistischen und unparteiischen Arbeiter. Der Schrei: Herkommunisten und unparteiischen Arbeiter! wird Ihnen demachen in den Ohren gellen, daß Ihnen dabei das Trommelfell platzen soll. Der Ruf: Heraus mit den proletarischen Gefangenen, wird zu einem Orkan anschwellen, der Sie mit Ihrer herrlichen Republik zum Teufel jagt, — und dann werden wir die Richter sein! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Komm.)

Hierauf begründeten Everling (Deutschnat) und Fric (Nazi) ihre Amnestieanträge, wobei sie die vaterländischen Verdienste der Fremdenordner hervorhoben. Erstere bricht bei dieser Gelegenheit auch eine ehrverleumdende Lanze für den nichtverurteilten politischen Verbrecher Wilhelm der Türmen, während Fric den

Sozialdemokraten abermals ihre Mitschuld an den schlesischen Fremdenordnern ins Gedächtnis ruft. Landsberg (SPD) polemisiert aus taktischen Gründen hauptsächlich gegen Everling und keine Fremdenordnungslinge. Der Nazi Straker erklärt hierbei wegen des mehrfachen Zurufes: „Judenlumpen“ mehrere Ordnungsrufe. Redner erklärt, die SPD habe den letzten Amnestieantrag hauptsächlich deshalb in Fall gebracht, weil nicht nur die Fremdenordner, sondern auch die Mörder von Gareis und Erzberger Straffreiheit erhalten

sollten. Nord und Totschlag müssen von der Amnestie ausgenommen werden. Redner ist für Überweisung der Anträge an den Rechtsausschuss. In einer persönlichen Bemerkung nagelt Genosse Höllein eine bewußte Unwahrheit Landsbergs fest. Der Wortlaut des seinerzeitigen Kompromißantrages Rosenfeld-Höllein-Everling ließ ausdrücklich eine Verfolgung der Grabbergräber usw. zu. Genosse Stöcker beantragt, daß der Rechtsausschuss bereits morgen sich mit den Anträgen beschäftigen solle. Präsident Löbe macht darauf aufmerksam, daß dazu notwendig die sofortige Komitierung der Ausschussmitglieder durch die Parteien erforderlich sei. Die Anträge werden darauf dem Rechtsausschuss überwiesen.

Hindenburg ladet die Parteien

Die Wirtschaftspartei koalitionsbereit

Berlin, 16. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern fand eine Sitzung der Wirtschaftspartei und Volkspartei statt. Erstere erklärte sich zur Teilnahme an der Regierung einverstanden. Letztere hingegen brachte zum Ausdruck, daß sie auf dem Standpunkt der Regierungsbildung in Preußen bestehen bleibe. Der Vorwärts macht jetzt den Rückzug und läßt ganz klar erkennen, daß die SPD-Führer sich der Volkspartei fügen werden. Der Vorwärts schreibt, daß man selbstverständlich auf der anderen Seite daran festhalten muß, wonach sich andere Parteien in die preussische Angelegenheit nicht einzumischen haben. Wie sich Preußen die Regierung gestaltet, so ist das ihre Sache und wir haben abzuwarten, zu welcher Entscheidung es gelangt. Mit solcher Hochtätigkeit glaubt der Vorwärts seine Leser täuschen zu können.

Hindenburg hat die Parteien zu einer nochmaligen Aussprache über programmatische Fragen geladen, um so auf sie einen Druck ausüben zu können.

Große Koalition in Preußen

Die SPD ersucht um eine Gnadenfrist
Berlin, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Stresemann hatte heute vormittag auch eine Unterredung mit dem preussischen Staatssekretär Dr. Weismann. Weismann soll zwar wiederholt haben, daß es die preussische Staatsregierung ablehne, auf sich irgendeinen Druck ausüben zu lassen. Andererseits habe er aber klar ausgesprochen, daß der Ministerpräsident Braun die Kabinettsbildung spätestens im Frühjahr

bestimmt durchzuführen werde. In diesem Sinne werden die Vorstände der Landtagsfraktion die Verhandlungen über die Umbildung der preussischen Regierung vornehmen und die neue preussische Regierung wird sich dann dem Landtag bereits bei seinem Wiederzusammentritt am 2. Oktober vorstellen. Auf diese Weise hat die Volkspartei auch erreicht, daß sich die preussischen Kommunalwahlen, die Ende Oktober stattfinden, nicht mehr unter der Parole „hier Bürgerturn — hier Sozialdemokraten“ abspielen, sondern unter der Parole der Großen Koalition.

In parlamentarischen Kreisen herrscht nach wie vor eine „optimistische Auffassung von der Weiterentwicklung“, d. h. die Wünsche des Zentrums und nun auch der Volkspartei sind nun fast reiflos von den Sozialdemokraten erfüllt.

Um das Arbeitsministerium Die christlichen Gewerkschaften verlangen Verantwortung der SPD

U. Köln, 15. Juni.
Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften sandte gestern an Stegerwald, der mit an den neuen Regierungsverhandlungen beteiligt ist, ein Telegramm und betonte, daß die Aufforderung der Sozialdemokraten, Brauns solle das Arbeitsministerium wieder übernehmen, von ihnen mit Protest entgegen genommen wird. Die Sozialdemokraten versuchen sich von der Verantwortung im Arbeitsministerium zu drücken. Die christlichen Gewerkschaften werden den schärfsten Widerspruch erheben, wenn ihnen die Sozialdemokraten die Verantwortung für das Arbeitsministerium überlassen.

Wie die „Scholzianer erzogen werden“

Der Stahlhelmführer der Deutschen Volkspartei hat die Koalitionsverhandlungen um einen, vielleicht einige Tage verzögert. Aber, wie eine SPD-Zeitung ganz richtig schreibt, „die Scholzianer werden erzogen werden. Sie haben uns einen Tag geraubt, und sie werden uns die Regierungsbildung nicht verteiteln“. Es ist Tatsache, daß der Tagesbefehl des Schnapsbrenners Selbste die volksparteilichen Abgeordneten seiner Couleur zum „Widerstand bis aufs äußerste“ antastete, daß der Stahlhelmführer Dr. Campe, zugleich Fraktionsvorsitzender der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, sogar alle seine „Kamier“ niederlegte und im letzten Augenblick mit Schol, „Kuhlenkampf und den anderen, die nicht ganz so unvorsichtig waren, die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei dadurch zwang, trotz bereits abgeschlossener Verhandlungen in der Preußenfrage intransigent zu sein. Die Lösung der Schwierigkeit wird vermutlich so erfolgen, daß, wenn die von Herrmann Müller angelegene Vermittlung Stresemanns nicht ausreicht, „ein Appell des Retters“, ein Appell Hindenburgs der Deutschen-Volkspartei-Fraktion das Alibi vor den Mannen Selbste verschaffen wird.

Dieser großartige Sieg — noch nicht einmal der ist errungen — wird der SPD erst so recht die Hölle für die endgültige Bildung ihrer glorreichen „Linke“-Regierung geben. Morgen schon, oder in kürzester Zeit, wird die gesamte sozialdemokratische Presse ihren herrlichen Sieg über die finsternen Mächte der Reaktion entsprechend ausposaunen, wie gesagt, wenn ihr auch „dieser Sieg“, die „Erziehung der Scholzianer“, gegönnt wird. Nicht einmal das ist sicher.

Sicher aber ist, daß durch das Stahlhelmintermezzo die ungeheuerliche Tatsache der vollständigen Kapitulation der Sozialdemokratie vor allen Forderungen der Bürgerblock-Fraktionen nur sehr unzureichend selbst für die blindesten SPD-Anhänger verdeckt werden wird. Tatsache ist, daß alle Verhandlungen bereits auf der Grundlage der Kapitulation der SPD vor der Schulze-Verfälschung-Forderung des Zentrums, des Geo-

berung auf Erweiterung der Preußen-Koalition, der Forderung auf die völlige Unantastbarkeit der Reichswehr und des Panzerkreuzerbaues, der Forderung „Hilfe für Landwirtschaft und Mittelstand“, d. h. neuer Korruptionszusammenhangungen an großbürgerliche und großgrundbesitzliche Schichten, wie sie die Volkspartei stellt, abgeschlossen waren und daß auch auf dieser und auf keiner anderen Grundlage die Regierung gebildet werden wird. Das ist der wahre Hintergrund des strengen Siegeschwinds über die „Erziehung der Scholzianer“.

Diese von uns seit Tagen festgenagelten Tatsachen bestätigen jetzt wörtlich einen Teil der sozialdemokratischen Presse, die den Zwischenfall der „Erziehung der Scholzianer“ zu einem impotenten und demagogischen Geraunze gegen die Kapitulation ihrer Partei benutzte.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt am 14. Juni: „Wenn schon die Sozialdemokratische Partei auf alle Forderungen, auf die geringste programmatische Festlegung Verzicht leistete, damit haben die bürgerlichen Parteien noch lange nicht das gleiche getan. Je weiter die Verhandlungen fortschreiten, desto bestimmter und klarer formulieren die Gegner die Forderungen, die sie der Sozialdemokratie für ein gemeinsames politisches Arbeiten präsentieren. Für das Zentrum geht der Kampf um die Schule obenan, und wenn es die völlige Verflüchtigung der Schule durch die Kirche jetzt nicht reiflos durchzuführen kann, so ist es auf den Fall entschlossen keinen freihandlichen Ausbau der deutschen Schulgesetzgebung zuzulassen. In den finanziellen und wirtschaftspolitischen Fragen stimmen die Wünsche des Zentrums und der Deutschen Volkspartei sehr weit überein. Die Deutsche Volkspartei stellt Forderungen, die für die Sozialdemokratische Partei einfach unannehmbar sind. Daß im Reichsjustizministerium jener Herr Joel Staatssekretär bleiben soll, der nicht zuletzt für die empörenden Ausschreitungen der deutschen Justiz in den letzten Jahren und für die kaum